

Atomstrom wieder salonfähiger

■ Berliner Union will AKW-Laufzeiten deutlich verlängern.
 ■ Auch in anderen EU-Ländern kursieren Pläne zum Ausbau der Kernenergie.

Berlin. Der Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine hat die Abhängigkeit der europäischen Staaten im Bereich der Energieversorgung deutlich gemacht. Als Moskau Kiew den Gashahn zudrehte und am Neujahrstag bloß für einige Stunden europäische Staaten Lieferausfälle von 25 bis 30 Prozent zu beklagen hatten, erschallten umgehend die Rufe nach einer Diversifizierung im Energiesektor. Dabei wurden auch Stimmen laut, die Atomkraft künftig stärker zu nutzen und so größere Unabhängigkeit in der Versorgung zu erzielen.

In **Deutschland** löste CSU-Wirtschaftsminister Michael Glos mit seinem Plädoyer für die Kernenergie einen Streit zwischen den Koalitionären Union und SPD über den Atomausstieg aus. Der Bau neuer Atomkraftwerke (AKW) steht zwar selbst für die Union nicht zur Debatte, durch längere Laufzeiten will sie jedoch die Nutzung von Atomstrom langfristig sichern.

Ein Ausstieg würde die Abhängigkeit von Erdgas und das Risiko von Preissteigerungen erhöhen. „Mit Blick auf die Gasturbulenzfrage frage ich mich wirklich, ob eine solche Entwicklung tragfähig ist“, heizte Glos am Dienstag in Berlin erneut die Streitigkeiten in der Energiepolitik erneut an. Dagegen läuft die SPD Sturm. Sie verweist auf das Koalitionsabkommen, in

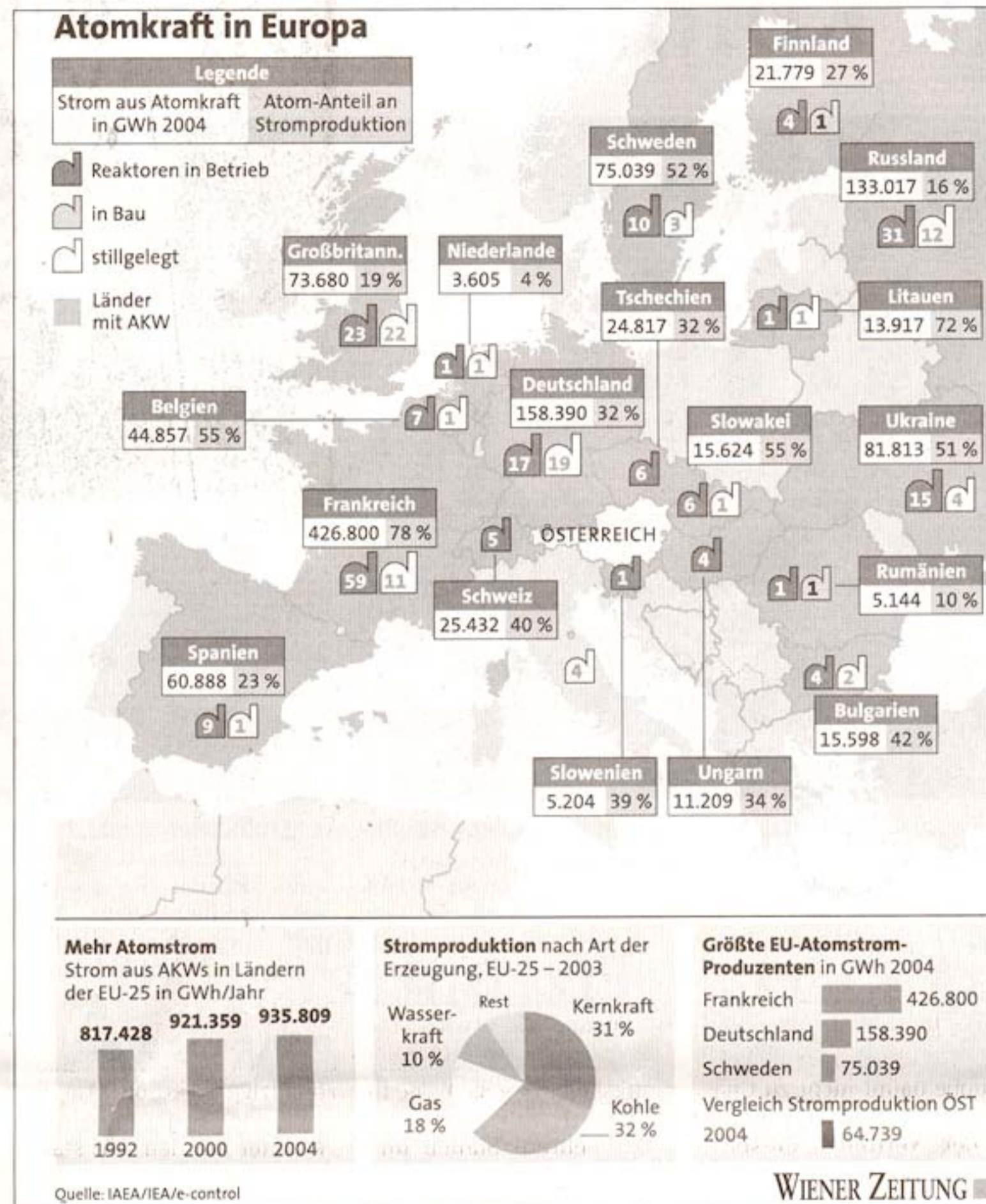
dem – mangels Einigung – die von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossene schrittweise Abschaltung aller 19 AKW bis 2021 bestätigt wurde. Nach jetzigem Stand ist bis zum Ende der Legislaturperiode 2009 die Stilllegung von vier Reaktoren vorgesehen. Zwei wurden bereits unter Rot-Grün abgeschaltet.

Für die Sozialdemokraten ist auch der Kompromissvorschlag indiskutabel, wonach die Restlaufzeiten von neueren auf ältere Reaktoren übertragen werden könnten. Das würde nur Sinn machen, wenn in Wahrheit der Atom-Ausstieg selbst in Frage gestellt würde, stellte SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel fest. Statt auf importiertes Uran zu setzen, das in 40 Jahren ohnehin kaum mehr verfügbar sein werde, will er lieber auf die Förderung „zukunftsfähiger“ Energien setzen. „Man kann über deutsche Sonderwege nachdenken, aber das bringt uns überhaupt nichts“, konterte Glos am Dienstag.

Endgültige Klärung über die künftige Atompolitik Deutschlands soll der von Kanzlerin Angela Merkel angeregte Energie-Gipfel Anfang April bringen. 56 Prozent der Deutschen unterstützen aber angeblich ein Überdenken des Ausstiegs, nur 40 Prozent wollen an ihm festhalten.

Frankreich einsamer AKW-Spitzenreiter

Auch **Italien**, wo nach einer Volksabstimmung 1987 auf Atomstrom verzichtet wurde, ist die Debatte neu aufgeflammt. Ministerpräsident Silvio Berlusconi sah sich schon vor einem Jahr veranlasst, von einem „Überdenken“ der italienischen Haltung in der Atompolitik zu sprechen. Fach-



leute warnten, das Land sei zu stark von Stromimporten abhängig.

In **Großbritannien**, wo bereits 22 Reaktoren stillgelegt wurden, stellte Premier Tony Blair im November ebenfalls den Bau eines neuen Meilers zur Debatte. Widerstände gibt es aber seitens seiner Labour-Party.

Anders präsentiert sich die Lage in **Frankreich**, das europäischer AKW-Spitzenreiter ist und mit aller Kraft bleiben will. „Wir müssen

unseren Vorsprung im Atombereich halten“, gab Staatspräsident Jacques Chirac wenige Tage nach den Gas-Lieferausfällen, von denen auch sein Land betroffen war, die Parole aus. Er kündigte sogar die Entwicklung und Inbetriebnahme einer vierten AKW-Generation bis 2020 an. Zuvor soll in der Normandie noch ein Exemplar der dritten Generation so genannter Druckwasserreaktoren (EPR) errichtet

werden. Geplanter Baubeginn: 2007.

Der erste EPR soll aber schon 2009 im Osten **Finnlands** ans Netz gehen. Über den Bau herrscht ein breiter politischer Konsens; Lediglich die Grünen stehen in der Frage abseits.

Neben Finnland baut als einziger weiterer Staat in Europa derzeit **Rumänien** an einem Kernkraftwerk. Der Reaktor in Cernavoda soll 2007 fertig sein.

Am anderen Ende der

von Frankreich angeführten AKW-Skala liegt **Österreich**, wo sich 1978 eine hauchdünne Mehrheit von 50,5 Prozent bei einer Volksabstimmung gegen das praktisch betriebsbereite AKW Zwentendorf entschied. Seither ist die energetische Kernkraftnutzung durch das Atomsperrgesetz in der Verfassung untersagt. An der AKW-kritischen Haltung der Bevölkerung hat sich nichts geändert: Bei der jüngsten Eurobarometer-Umfrage lehnten 88 Prozent die Kernkraft ab, nur acht Prozent äußerten sich positiv.

Polen erwägt Bau eines ersten Kernkraftwerks

Auch **Polen** verfügt bisher über keine Kernkraftwerke. Der Bau der ersten Anlage dieser Art in Zarnowiec im Nordpolen wurde Ende der 80er Jahre nach starken Protesten aufgegeben. Seit einiger Zeit lebt die Debatte über die Bedeutung der Kernenergie wieder auf. Im Gespräch ist die Errichtung eines 3.000-MW-Kraftwerks, das 2022 in Betrieb gehen könnte.

In **Ungarn** stimmte im November eine breite Parlamentsmehrheit für die Verlängerung der Laufzeit des einzigen AKW des Landes in Paks um 20 Jahre. Derzeit wird über den Bau von zwei weiteren Blöcken – zusätzlich zu den vier bestehenden – gesprochen.

Noch vor **Schweden** hat Ungarn die meisten AKW-Befürworter in der EU: Laut Eurobarometer 65 Prozent, bei 31 Prozent Gegnern. In Schweden, wo alle Reaktoren bis 2010 abgeschaltet werden hätten sollen, wurden auf Druck der Rechtsopposition nun neue Investitionen beschlossen. Diese will den Ausstieg langfristig ganz kippen. ■